Israel nutzt die Hisbollah als Vorwand für seine Expansion

von Gilbert Achcar

Die israelische Regierung hat die Vergeltungsschläge der Hisbollah für die Ermordung Ali Khameneis zum Vorwand genommen, um den Süden des Libanon zu besetzen. Dessen Bevölkerung sieht sich in einen Krieg hineingezogen, den sie nicht wollte.

von Gilbert Achcar, Übersetzung Tim Steins

Noch nie wurde eine militärische Aktion der libanesischen Hisbollah (wörtlich: Partei Gottes) im Land so vehement kritisiert wie ihre Entscheidung vom 2. März, Raketen nach Süden in Richtung Israel abzufeuern. Das geschah als Vergeltungsaktion für die Ermordung des obersten Führers des Iran, Ali Khamenei. Diese erste Salve wurde vom zionistischen Staat umgehend als Vorwand genutzt, um seine seit langem geplante Invasion des Südlibanon zu starten.

Das libanesische Volk hat allen Grund, wütend zu sein: Es erlebt, wie sein Land durch die einseitige Entscheidung einer militärischen Organisation – die im Auftrag eines ausländischen Staates und unabhängig von den offiziellen Institutionen des Landes agiert – in eine Konfrontation verwickelt wird, die seine Kapazitäten deutlich übersteigt. Umso schwerer wiegt, dass die Legitimität der offiziellen Institutionen aus demokratisch-wahlrechtlicher Sicht außer Frage steht, insbesondere im Vergleich zu anderen Staaten der Region.

Die öffentliche Empörung wird verschärft durch die Tatsache, dass die Hisbollah den Konflikt mit dem zionistischen Staat gegen den Willen eines Großteils der libanesischen Bevölkerung wieder entfacht hat (wobei es angesichts des genozidalen Kriegs Israels allerdings große Solidarität mit den Palästinensern im Allgemeinen und Gaza im Besonderen gibt).

Tatsächlich ist der Anlass, aus dem die Hisbollah diesmal in den Konflikt eingetreten ist, nicht einmal Konsens unter den libanesischen Schiiten selbst, jener religiös-konfessionellen gesellschaftlichen Basis, auf der die Partei ihre

Unterstützung aufgebaut hat. Dass die Hisbollah Raketen auf Israel abfeuerte, erfolgte angeblich als Vergeltung für die Ermordung des iranischen Staatsoberhaupts, des entsprechend der iranisch-theokratischen Verfassung sogenannten »Statthalters des Rechtsgelehrten« (*Vali-ye Faqih* auf Persisch).

Wem die Hisbollah dient

Dass die Hisbollah dem iranischen Staat nahe steht, ist kein Geheimnis und wird auch von ihr selbst nicht dementiert. Der inzwischen getötete Ex-Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah – selbst ein Geistlicher gemäß der theokratischen Ordnung der Partei nach iranischem Vorbild – erklärte einst für sich und die Partei: »Wir sind die Statthalterschaft des Rechtsgelehrten« (*Wilayat al-Faqih* auf Arabisch). Dies ist eine fundamentalistisch-theokratische Doktrin, die vom Gründervater der Islamischen Republik Iran, Ruhollah Khomeini, ausgearbeitet wurde, der selbst ein Großajatollah (meist übersetzt als »absolute Instanz der Nachahmung«) war, einer der ranghöchsten Geistlichen der Zwölfer-Schia (dem Hauptzweig des Schiismus) und einer der Millionen angeblichen Nachkommen des Propheten des Islam. Letztere sind unter den Geistlichen – wie auch Kohmeinis Nachfolger Chamenei sowie Nasrallah – an dem schwarzen Turban zu erkennen, der sie von den übrigen Geistlichen mit weißem Turban abgrenzt, sowie am Titel Sayyid (Herr oder Meister).

Khomeinis Doktrin stieß unter schiitischen Geistlichen nie auf einhellige Zustimmung. Seine fundamentalistische politische Auslegung wich erheblich vom ursprünglichen, streng religiösen Verständnis der Rechtsgelehrten ab. Dies trat noch deutlicher zutage, als diese Position nach Khomeinis Tod im Jahr 1989 infolge politischer Manöver innerhalb des neuen Regimes Ali Chamenei übertragen wurde. Letzterer hatte lediglich den niedrigeren Rang eines Hodschatoleslam (Beweis des Islam) erreicht. Dementsprechend brauchte es eine Verfassungsänderung, laut der der vom Expertenrat gewählte Führer nicht mehr den höchsten theologischen Grad vorweisen musste. Der Expertenrat selbst ist eine Versammlung aus 88 Geistlichen, die nach einer Überprüfung durch die zwölf Mitglieder des Wächterrats gewählt werden, von denen wiederum die Hälfte vom obersten Rechtsgelehrten ernannt wird.

> *»Die Entscheidung der Hisbollah, einen neuen Krieg mit Israel zu entfachen, bestätigt in den Augen der meisten Libanesen, dass die Partei die Interessen des iranischen Regimes über die Interessen ihres eigenen Landes und Volkes*

stellt.«

Auch Chameneis Sohn, Mojtaba, wurde kürzlich zum Führer des Iran ernannt, obwohl er wie sein Vater zum Zeitpunkt seiner Machtübernahme nicht über den Rang eines Hodschatoleslam hinausgekommen war. So ist der Titel des Herrschers – der Statthalter des Rechtsgelehrten, wie es in der Islamischen Republik Iran heißt – zu einem ideologischen Deckmantel für ein Regime geworden, das zwar theokratische Formen annimmt, aber die tatsächlichen spirituellen Voraussetzungen nicht erfüllt und stattdessen auf überaus weltlichen Institutionen und Interessen fußt. Im Zentrum dieser Institutionen steht das Korps der Islamischen Revolutionsgarde. Es ist der wichtigste ideologische Bestandteil der iranischen Streitkräfte und kontrolliert ein veritables Wirtschaftsimperium – einen militärisch-industriell-gesellschaftlichen Komplex, der aus den Öleinnahmen des Iran finanziert wird.

Die libanesische Hisbollah wurde unter direkter iranischer Beteiligung im Zuge des Widerstands gegen die israelische Besatzung der Hälfte des Libanon im Jahr 1982 gegründet. Sie wurde somit zu einer Organisation, die sich einerseits gegen die Besatzung wehrte, und andererseits ein lokaler bewaffneter Ableger des iranischen Regimes ist. Diese Dualität zeigte sich am deutlichsten, als die Partei ab 2013 massiv in den syrischen Bürgerkrieg eingriff. Diese Beteiligung diente dazu, das syrische Regime zu stützen, das keinerlei Verbindung zu Khomeinis Ideologie hatte, ja vielmehr eine ihr entgegengesetzte Ideologie (arabischer Nationalismus plus vermeintlicher »Sozialismus«) für sich beanspruchte. Die Einmischung der Hisbollah bildete den Hauptbestandteil der iranischen Intervention zugunsten des baathistischen Assad-Regimes in Syrien. Letzteres orientierte sich an den staatlichen Interessen des Iran – und endete erst mit seinem Zusammenbruch 2024.

Zionistische Expansion

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Hisbollah, einen neuen Krieg mit dem zionistischen Staat zu entfachen – als Teil der Strategie des iranischen Regimes zur regionalen Ausweitung seines Widerstands gegen die am 28. Februar begonnene US-israelische Aggression –, der zweite bedeutende Schritt, der in den Augen der meisten Libanesinnen und Libanesen bestätigt, dass die Partei die Interessen des iranischen Regimes über die Interessen ihres eigenen

Landes und Volkes stellt. So schadet die Hisbollah den Belangen ihrer eigenen Basis, die bereits durch den zweijährigen Krieg erschöpft ist, den die Partei seit Oktober 2023 aus Solidarität mit Gaza führt (genauer gesagt zur Unterstützung der Hamas, einer weiteren Verbündeten Teherans, die jedoch im Gegensatz zum Assad-Regime ebenfalls eine dezidiert antizionistische Kampftruppe ist).

Es gibt aber eine klare Gemeinsamkeit zwischen dem aktuellen zionistischen Angriff auf den Libanon und dem Krieg in Gaza nach den Attacken der Hamas vom 7. Oktober 2023. Wie in Gaza wurde Raketenbeschuss durch die Hisbollah von der amtierenden Regierung in Jerusalem (der rechtsradikalsten Führung in der Geschichte des Staates Israel) als Vorwand genutzt, um langjährige expansionistische Ambitionen zu verfolgen, die den Kern der ursprünglichen zionistischen Ideologie bilden und von der israelischen extremen Rechten (die im aktuellen Regierungskabinett dominiert) mit Nachdruck vertreten werden. Tatsächlich gibt es auffällige Parallelen in der Art und Weise, wie Israel in den Gazastreifen einmarschierte und eine schrittweise Vertreibung der Bevölkerung von Norden nach Süden anordnete, und dem, was derzeit im Südlibanon passiert.

Und wie im Fall Gaza sprechen die radikalsten Mitglieder des zionistischen Kabinetts das wahre Ziel, das ihre Regierung verfolgt, offen aus: Finanzminister Bezalel Smotrich erklärte am 24. März, dass »der Litani-Fluss unsere neue Grenze« zum Libanon sein müsse. (Der Fluss liegt 15 bis 30 Kilometer nördlich der derzeitigen Grenze. Somit würde sich Israel ein Territorium einverleiben, das über 10 Prozent des libanesischen Staatsgebiets ausmacht.) Smotrich sprach sich für eine dauerhafte Aneignung dieses Teils des Libanon aus, genau wie ein Teil des Gazastreifens weiterhin besetzt gehalten wird. Offenbar gibt es die Absicht, die Besatzung aufrechtzuerhalten und die entsprechenden Gebiete später zu annektieren. Auch der israelische Kriegsminister (und Mitglied von Netanjahus Likud-Partei) Israel Katz betonte zeitgleich, die begehrte Region im Libanon sei Teil von Israels »Sicherheitszone«.

In diesen Kriegen nutzt die israelische Regierung die Tatsache aus, dass im Weißen Haus eine Person sitzt, die von allen US-Präsidenten zweifellos am nachsichtigsten gegenüber zionistischen Bestrebungen ist. Donald Trump war bereits während seiner ersten Amtszeit der erste US-Präsident, der die Annexion von Ostjerusalem und der seit 1967 von Israel besetzten syrischen Golanhöhen anerkannt hatte. Er war auch bereit, die Annexion des größten Teils des Westjordanlands zu unterstützen, wäre da nicht das Veto der Golfmonarchien

gewesen: Die Trump nahestehenden Herrscher der Vereinigten Arabischen Emirate hatten eine »rote Linie« gezogen.

Israels amtierender Premier Benjamin Netanjahu und sein Kabinett hoffen, der US-Präsident werde bei ihrer aktuellen Invasion des Südlibanon ein Auge zudrücken – wenn es nicht sogar offene Unterstützung gibt. Israel hat aktuell die Kontrolle über mehr als die Hälfte des Gazastreifens und hegt die Hoffnung, dass Trump (oder das Scheitern seines »Friedensplans«) es ermöglicht, die Besatzung zu verlängern, um später einen großen Teil des Gazastreifens zu annektieren. Ebenso wird die Annexion eines Großteils des Westjordanlands ins Visier genommen. Dort können wir aktuell die gewaltsame, schleichende Aneignung von Land sowie die Vertreibung der Bevölkerung durch jüdische Siedlerinnen und Siedler beobachten – mit aktiver Unterstützung des israelischen Staates.

> *»So wie das Fortbestehen der Hamas als Vorwand für die Besatzung des Gazastreifens genutzt wird, beabsichtigt die Führung in Jerusalem, die Existenz der Hisbollah als Vorwand für eine langfristige Besatzung des Südlibanon zu nutzen.«*

Die rechtsradikal-zionistische Regierung Israels hofft, diese Strategie im Südlibanon wiederholen zu können: Dessen Gebiet ist derzeit teilweise besetzt, nachdem zuvor ein Großteil der lokalen Bevölkerung geräumt wurde. So wie das Fortbestehen der Hamas und die von ihr ausgehende Bedrohung für den Staat Israel als Vorwand für die Besatzung des Gazastreifens genutzt wird, beabsichtigt die Führung in Jerusalem, die Existenz der Hisbollah und die von ihr ausgehende Gefahr als Vorwand für eine langfristige Besatzung des Südlibanon zu nutzen. Und so wird der Widerstand der Hisbollah gegen die Besatzung (ebenso wie der Widerstand der Hamas) zu einem Argument für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung ebendieser Besatzung.

Das bedeutet aber auch: Eine erneute israelische Besatzung des Südlibanon kann vor Ort praktisch nur die Legitimität und Zustimmung für den Widerstand der Hisbollah stärken: Sie bekommt in ihrem Kampf gegen die Besatzung eine neue Daseinsberechtigung – basierend auf der Hoffnung, dass ihre Angriffe auf die israelische Armee diese letztendlich zum Rückzug zwingen könnten. Genau das hatte der von der Hisbollah angeführte Widerstand der 1990er Jahre schließlich im Jahr 2000 erreicht. Allerdings wurde dieser israelische Rückzug von einer

Regierung unter Führung der zionistischen Arbeitspartei vollzogen. Es ist unwahrscheinlich, dass die derzeitige rechtsradikale Regierung einen solchen Schritt wiederholen würde. Andererseits ist es denkbar, dass es in nicht allzu ferner Zukunft zu einem Regierungswechsel in Israel kommen könnte.

Wie der Libanon sich retten kann

Unter diesen Umständen wäre es für die libanesische Regierung wohl am besten, aktiv Lobbyarbeit bei den arabischen Staaten zu betreiben, insbesondere bei jenen, die den größten Einfluss auf das Weiße Haus haben (sprich: die Golfmonarchien). Diese müssen Druck auf Trump ausüben, wenn eine anhaltende Besetzung des Südlibanon verhindert werden soll.

Die diversen Monarchien wissen, dass die israelische Besatzung eines Teils des Libanon in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zum Aufstieg der Hisbollah und zur regionalen Ausweitung des iranischen Einflusses geführt hat. Sie haben ein großes Interesse daran, dass sich dieses Szenario nicht wiederholt. Dementsprechend sollte die libanesische Regierung sich angesichts der israelischen Aggression auf die Golfstaaten konzentrieren – nicht auf die Entwaffnung der Hisbollah unter US-amerikanischem Druck. Denn dieser Aufgabe ist sie schlichtweg nicht gewachsen.

Schlimmer noch: Der libanesischen Regierung wurde deutlich gemacht, dass Israel trotz des Rückzugs der Hisbollah-Kräfte aus dem Gebiet südlich des Litani-Flusses und der Stationierung von Truppen der libanesischen Streitkräfte dort (gemäß dem Waffenstillstandsabkommen vom 27. November 2024) seine Luftangriffe und Einfälle in dieser Region nicht einstellt. Die Reaktion der libanesischen Regierung auf die neuerlichen israelischen Invasionen bestand darin, ihre Truppen aus dem Süden abzuziehen und ihre Stimme gegen die Hisbollah zu erheben, wobei sie deren militärische Aktion (im denkbar ungünstigsten Moment) für illegal erklärte.

Es liegt im besten Interesse des Landes, eine friedliche Einigung anzustreben, um die Kämpfer der Hisbollah in die libanesischen Streitkräfte zu integrieren. Das ist allerdings ein Schritt, der erst dann möglich wird, wenn sich die regionale Lage grundlegend verändert. Jeder Versuch, die Hisbollah mit Gewalt zu entwaffnen, ist nichts anderes als ein Patentrezept für einen erneuten Bürgerkrieg in diesem Land, das bereits durch fünfzehn Jahre Krieg zwischen 1975 und 1990 verwüstet

wurde.

Dieser Text erschien zuerst in New Politics. *Die deutsche Übersetzung erschien am 8.4.2026 in Jacobin*

Gilbert Achcar ist emeritierter Professor an der SOAS, University of London. Sein neues Buch *Der lange Weg nach Gaza* erscheint demnächst im Brumaire Verlag.